

In der Konsens-Falle

Der Autonomiekonvent übergibt sein Enddokument dem Landtag. Nun beginnt die nächste Phase des Experiments. Große Lust darauf hat aber niemand.

„Der Konvent hat zwar erste Kreise gezogen, aber leider noch keine größeren Kreise.“

Maria Hochgruber Kuenzer



Fotos: Alexander Albr

Mit der Vorstellung des Enddokuments und der Minderheitenberichte im Landtag endet der partizipative Prozess des Konvents: „Die SVP wird sich jetzt bemühen, einen Kompromiss zu finden, der für Südtirol nicht negativ ist, der aber auch keinen Affront produziert.“

Einem Klischee zufolge ist Südtirol ein ungeheuer autonomes Land. Einem zweiten Klischee zufolge gibt es klare Vorstellungen davon, wie diese Autonomie künftig aussehen soll.

Das erste Klischee stimmt. Wohl auch deshalb wird Landeshauptmann Arno Kompatscher zum Beispiel nie müde zu sagen, dass Südtirol ein „Abbild des europäischen Ideals“ sei.

Mit dem zweiten Klischee verhält es sich etwas komplizierter. Seit Jahren will man das Autonomiestatut generalüberholen, es gewissermaßen an die gesellschaftlichen Herausforderungen anpassen. Doch irgendwie wollte das Vorhaben nie so recht in Fahrt kommen.

Mit dem Autonomiekonvent sollte sich das ändern. Er sollte eine zukunftsorientierte Chance sein. Ein Gewinn für die Südtiroler Gesellschaft. Seit dem Startschuss für dieses Experiment sind 21 Monate vergangen. Am Ende dieser Zeit gibt es ein Enddokument und mehrere Minderheitenberichte – und vor allem

die Erkenntnis: Vieles im Leben fällt immer etwas anders aus, als man sich das vorgestellt hat.

Das Enddokument umfasst 31 Seiten und zehn Themenbereiche. Es enthält Vorschläge zur Überarbeitung des Autonomiestatuts. Und eigentlich hätte es ja auch nur dieses eine Dokument am Ende geben sollen. Weil sich jedoch bereits im ersten Jahr des Konventsprozesses abgezeichnet hatte, dass es damit nichts wird, änderte man den entsprechenden Passus im Landesgesetz Nr. 26/2016 zum „Landeskonvent“ mit der Möglichkeit, auch Minderheitenberichte zu verfassen und zu übermitteln. So gibt es nun ein mehrheitliches Abschlussdokument, verfasst von den Juristen Esther Happacher, Renate von Guggenberg und Roberto Toniatti – sowie vier Minderheitenberichte. Einer davon stammt von demselben Toniatti, Verfassungsrechtler an der Uni Trient, einer von Laura Polonioli (Partito Democratico) und Riccardo Dello Sbarba (Grüne), von Roberto Bizzo (PD) und einer von Maurizio Vezzali (PdL). Und damit wird

„Die Region
abzuschaffen
bedeutet, die
Trentiner zum
Suizid zu
zwingen.“

Karl Zeller, Senator

das Ganze nun ein bisschen kompliziert. Am Freitag dieser Woche sollen alle Berichte dem Landtag vorgelegt werden, nachmittags ab 14 Uhr, im Plenum des Hohen Hauses. Die Ankündigung dieses Treffens klingt nicht sehr aufregend. Vordergründig ist da auch nicht viel zu erwarten. Es wird eine der üblichen politischen Shows, in Wirklichkeit aber geht es um parteipolitisches Kalkül und Beileitungsmusik des beginnenden Wahlkampfes.

Man kann es sich kaum vorstellen, aber es ist gar nicht so leicht, den Ablauf eines solchen politischen Termins festzulegen. Das Landtagspräsidium musste mehrmals darüber beraten, am vergangenen Freitag hat es sich schließlich auf einen Fahrplan geeinigt. Alle Berichte werden vorgetragen, des Weiteren werden Vertreter der Eurac noch einmal den gesamten Prozess erläutern. Den Vorsitz wird nicht Landtagspräsident Roberto Bizzo leiten, sondern dessen Stellvertreter Thomas Widmann. Der PD-Mann war nicht nur Mitglied des Konvents, sondern ist auch Verfasser eines Minderheitenberichts.

Eine inhaltliche Debatte wird es am besagten Freitagnachmittag allerdings nicht geben, diese sei „zu verfrüht“, sagt Maria Hochgruber Kuenzer. Das gesamte Paket an Berichten, so erläutert die SVP-Abgeordnete, die auch Präsidiumsmitglied ist, werde an ein „unabhängiges Fachgremium“ übergeben. Dieses solle daraus dann ein einziges, gemeinsames Dokument verfassen, das schließlich die Grundlage für die Verhandlungen mit den Trentinern bilden soll.

Im Konvent wurde – laut Enddokument – ein Konsens erzielt, dass man dem Sonderstatut eine Präambel voranstellt. In dieser enthalten ist auch der umstrittene Hinweis „auf die christlichen, auch vom Geiste des laizistischen Humanismus und der Aufklärung geprägten Wurzeln des Landes“. Vorgeschlagen wurde auch eine „ausdrückliche Bezugnahme auf das Selbstbestimmungsrecht“. Damit einverstanden waren bei Weitem nicht alle Mitglieder des Konvents, entsprechende Bedenken findet man in den Minderheitenberichten.

Ähnlich ist es beim Thema zur künftigen Rolle der Region, auch dort gab es keinen Konsens. Während ein Teil für die Abschaffung der Region ist, halten es einige Mitglieder für notwendig, dass der Region weiterhin Gesetzgebungsbefugnisse zukommen. Die Region, so sagen die Gegner, solle künftig ein Ort werden für eine „freiwillige Kooperation zwischen beiden Ländern“, was immer das heißen mag. Jene, die einen Minderheitenbericht verfasst haben, plädieren hingegen für eine Art „Region light“.

Wie auch immer: Die Zukunft der Region ist ein Streitthema, nicht nur im Konvent, sondern auch in der großen Partei. Karl Zeller zum Beispiel, Senator und Vizeparteiobmann,

sagt, die Forderung nach einer Abschaffung der Region sei „wenig reflektiert“. Die Region abzuschaffen, sagt Zeller, bedeute, „die Trentiner zum Suizid zu zwingen“. Keine sonderlich gute Basis für alle weiteren Verhandlungen.

Ansonsten äußert sich der Senator ziemlich wohlwollend über den Konvent. Das Wesentliche sei doch, so sagt er, dass es ein Dokument für die weiteren Verhandlungen gebe. Dass man „eine Richtlinie“ habe. Es gehe nun darum, „das Verbindende in den Vordergrund zu stellen und das Trennende hinter sich zu lassen“. Wichtig und nützlich für das weitere Vorgehen wäre freilich eine Einigung mit Trient sowie eine für Südtirol günstige politische Konstellation in Rom.

„Dieser Prozess ist für unsere Autonomie sehr wichtig“, sagt Karl Zeller. Welche Lehren man daraus zieht, könne jeder selbst entscheiden. „Absolut positiv ist der Konsens der Italiener zur Autonomie und deren Weiterentwicklung. Leider fehlt ein bisschen die Dynamik der Italiener. Aber es hilft nichts, zu jammern, wenn sie andererseits nicht bereit sind, selbst auch etwas zu ändern.“

Im Artikel 2 des Landesgesetzes zum Konvent heißt es: „Der Konvent handelt in Selbstständigkeit und Unabhängigkeit im Rahmen der ihm gegebenen Zielsetzungen und arbeitet nach dem Konsensprinzip.“ Riccardo dello Sbarba schüttelt den Kopf, nein, dieses Konsensprinzip habe es so nicht gegeben, es sei gehörig in Misskredit geraten. „Es gab weder eine professionelle Moderation noch eine externe, und damit unabhängige Rechtsberatung“, sagt der Grünen-Abgeordnete.

Der Minderheitenbericht von ihm und Laura Polonioli betont zwar, dass die Arbeit des Konvents „auf jeden Fall wertvoll“ gewesen sei, auch seien die verschiedenen Zukunftsvorstellungen „gründlich beleuchtet und erörtert“ worden. Trotzdem habe sich ein Großteil der Arbeit leider auf das übliche Thema konzentriert: die Liste der Kompetenzen, die man dem Staat abknöpfen will. „Wir hätten uns gewünscht, dass man vielmehr ein neues Modell des Zusammenlebens gestaltet“, sagt Dello Sbarba. Ein Modell, das „auf ein Miteinander statt auf Trennung, auf Demokratie statt auf Zentralismus“ setzt.

Mehrsprachigkeit, Grenzen überwinden, Friedensprojekt, kulturelle Vielfalt – alles Themen, auf die ein Teil des Konvents gesetzt hatte. Und entsprechend enttäuscht wurde. Im Enddokument heißt es dazu unter dem Schlagwort „Vorschlag für einen neuen Pakt für das Zusammenleben“: Es konnte „kein Konsens“ erzielt werden hinsichtlich des Wunsches, die Mechanismen zum Schutz der Minderheit zu lockern. Oder, an anderer Stelle heißt es: „Kein Konsens“ konnte auch in der Diskussion erzielt werden zur Ausdehnung oder Flexibilisie-

zung des ethnischen Proporz. Zum Thema Schule werden im Enddokument Sätze geschwurbelt wie etwa: „Einige Mitglieder haben sich für eine mehrsprachige Schule ausgesprochen“ und: „Es wurde das Bewusstsein der Zweckmäßigkeit manifestiert, der Jugend einen qualitativ hochstehenden Unterricht zu bieten“.

SVP-Senator Hans Berger sagt, es sei von Anfang an klar gewesen, dass bei so einem Prozess „Wunschlisten“ entstehen. Das sei auch gut. Umsetzen jedoch könne man freilich nicht alles. „Man muss immer mitbedenken, was in Rom politisch vor sich geht, was für uns Parlamentarier vor Ort realistisch möglich ist“, sagt Berger. Den partizipativen Prozess des Konvents bewertet er positiv – auch wenn es am Ende nun kein gemeinsames Konsens-Papier gibt. „Für die Verhandlungen mit Rom ist wichtig, die Unterstützung aus Südtirol zu haben. Die Ergebnisse des Konvents geben uns für die künftigen Verhandlungen gewissermaßen Rückendeckung.“

Über nichts wurde in den vergangenen zwei Jahren so viel geredet wie über diesen Landeskonvent, und über die Autonomie gibt es sowieso immer und ständig etwas zu berichten und zu diskutieren. Und trotzdem wissen viele immer noch zu schlecht Bescheid über den Konvent und die Autonomie.

„Leider hat es der Konvent nicht geschafft, inhaltlich stärker an die breite Öffentlichkeit zu dringen“, sagt Maria Hochgruber Kuenzer. Viele, sagt die Abgeordnete, hätten von Anfang an stur prophezeit, dass das da sowieso nichts herauskommen würde. „Der Konvent hat zwar erste Kreise gezogen, aber leider noch keine größeren Kreise.“

Kreise der etwas anderen Art, und zwar von der ungemütlichen Sorte, hat der Prozess indes beim Koalitionspartner gezogen, dem Partito Democratico. Roberto Bizzo, seines Zeichens PD-Abgeordneter und Landtagspräsident, war auch Mitglied des Konvents der 33. In diesem Frühjahr trat er kurzerhand aus dem Konvent aus – um kurz darauf doch wieder daran teilzunehmen.

Am Ende verfasste er gar einen eigenen Minderheitenbericht. Er hätte im Konvent die politische Linie des PD vertreten sollen. Nicht alle in seiner Partei finden sein Verhalten überzeugend. Bei einer Parteisitzung vor rund zehn Tagen fiel die Unterstützung seines Minderheitenberichts spärlich aus. Die entsprechende Schlagzeile des *Alto Adige* tags darauf: „Bizzo ‚sfiduciato‘ dal Pd, man non se ne va“.

Klare Worte findet ein anderer Italiener in seinem Minderheitenbericht. Der Verfassungsrechtler Roberto Toniatti schreibt, der Konvent habe eine starke und eingehende „Vision der künftigen Autonomie“ erarbeitet. Allerdings seien diese Vorstellungen auch stark geprägt von der Identität der deutschen und ladinischen Sprachgruppe. Insbesondere auch deshalb hofft er auf ein starkes Bündnis mit Trient. Passagen wie jene mit dem Selbstbestimmungsrecht seien dafür jedoch nicht förderlich.

In dieselbe Kerbe schlägt Dello Sbarba. „Die Trentiner“, sagt er, „sind enttäuscht.“ Er habe im Konvent oft vorgeschlagen, sich zwischendurch schon mal mit den Trentinern zusammenzusetzen. „Aber da gab es kein Durchkommen. Schade.“

Alles deutet darauf hin, dass das Thema Autonomiekonvent mit in den Wahlkampf und dann auch in die nächste Legislatur mitgezogen wird. „Es wird von der politischen Mehrheit abhängen, wann und wie sie zunächst einmal mit Trient, und parallel dazu auch mit Rom in Verhandlung tritt“, sagt Dieter Steger, SVP-Fraktionssprecher. Die Ergebnisse des Konvents müssen nicht nur im Südtiroler Landtag, sondern dann auch im Regionalrat in ein Gesetz geschweift werden. Kein leichtes Unterfangen ob der teils harten Positionen.

„Die SVP“, sagt Steger, habe „70 Jahre gezeigt, dass man sich in Autonomiefragen auf sie verlassen kann“. Sie werde sich jedenfalls bemühen, einen Kompromiss zu finden, „der für Südtirol nicht negativ ist, der aber gleichzeitig auch keinen Affront produziert“.

Die Opposition fürchtet indes, dass das ganze Thema mit in die nächsten Koalitionsverhandlungen von SVP und PD mitgetragen wird. Dass der partizipative Prozess gewissermaßen parteipolitisch missbraucht wird. „Hätte man sich verstärkt auf die konsensuellen Elemente konzentriert“, sagt Senator Karl Zeller, „hätte man vermutlich Zeit gewinnen können.“ Andererseits: Der Senator weiß wohl mehr als viele andere, dass es für die

Entwicklung der Autonomie „kleine Schritte“ braucht.

In diesen Tagen werden noch schöne Broschüren gedruckt mit allen Berichten – für die Vorstellung dann am Freitag im Hohen Haus. Dann, wenn alle die gedruckten Berichte in den Händen halten, werden einige erstaunt merken: Man sagt etwas, was dann schwarz auf weiß anders aussieht – und dann ein eigenes Leben wieder beginnt.

Wesentliches im Enddokument:

- Dem Sonderstatut soll eine Präambel vorangestellt werden. Diese enthält unter anderem den Hinweis auf die christlichen Wurzeln des Landes sowie eine Bezugnahme auf das Selbstbestimmungsrecht.
- Abschaffung der Region.
- Eigene Bestimmungen zur Aufwertung der Rolle der Gemeinden.
- Das Statut sollte durch ein Kapitel ergänzt werden, das den internationalen Beziehungen und jenen zur EU gewidmet ist. Derzeit werden diese nicht erwähnt.
- Abschaffung des Regierungskommissars. Dessen Kompetenzen sollen dem Landeshauptmann zugeordnet werden.
- Hinsichtlich der Auflistung der Sachgebiete von ausschließlicher Gesetzgebungsbefugnis wurde zwar eine „weitgehende Übereinstimmung“, aber „kein Konsens“ erzielt (zum Beispiel hinsichtlich Landespolizei, Arbeitsschutz, Kollektivverhandlungen in der Privatwirtschaft).
- „Weitreichende Übereinstimmung“ für die Beibehaltung der derzeitigen Regelung des ethnischen Proporz.
- „Weitreichende Übereinstimmung“ hinsichtlich der Bestätigung von Artikel 19.
- Förderung einer Plattform für Mitglieder der Gemeinschaft der Dolomitenladiner.
- „Keine signifikante Übereinstimmung“ für eine Änderung der Voraussetzung der 4-jährigen Ansässigkeit für die Ausübung des Wahlrechts.
- Dem Land soll eine umfassendere Finanz- und Steuerautonomie zukommen.